

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13314

"Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA)"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13314 vom 12.10.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.10.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/15070 des GP vom 25.10.2016
4. Beschluss des Plenums 17/15205 vom 01.02.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hüting, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)**

### Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) grundlegend reformiert wird.

Dabei sind vor allem

- die systematische Benachteiligung von in Hochlohn- und Hochpreisregionen wie Bayern tätigen Krankenkassen und deren Versicherten zu beenden,
- die Manipulationsanfälligkeit des Morbi-RSA zu verringern und Anreize für ein illegales „Up-coding“ auszuschließen sowie
- weitere Fehlanreize des Morbi-RSA abzubauen und dabei insbesondere vermehrt Anreize für Gesunderhaltung und Prävention zu schaffen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Vorwürfe über Unregelmäßigkeiten bei der Kodierung von Diagnosen wird die Staatsregierung zudem gebeten, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege Bericht über mögliche „Kodier-Verträge“ der landesunmittelbaren Krankenkassen zu erstatten.

### Begründung:

Ein von Prof. Dr. Volker Ulrich von der Universität Bayreuth, Prof. em. Dr. Eberhard Wille von der Universität Mannheim und Prof. Dr. Gregor Thüsing von der Universität Bonn im Auftrag des Staatministeriums für Gesundheit und Pflege erstelltes Gutachten vom Juni 2016 belegt systematische Benachteiligungen für die in Hochlohn- und Hochpreisregionen wie Bayern tätigen Krankenkassen und deren Versicherte. Der Fehlbetrag zwischen Leistungsausgaben der Krankenkassen und Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds hat zwischen 2009 und 2014 insgesamt mindestens eine Milliarde Euro erreicht, weil nicht mehr das finanziert wurde, was die Menschen an Leistungen bekamen. Das neue Gutachten zeigt darüber hin-

aus, dass Bayern nicht nur auf der Ausgabenseite Geld verliert, sondern auch auf der Einnahmenseite Versichertengelder aus Bayern in andere Bundesländer abgeflossen sind, wodurch bayerische Beitragszahler damit doppelt belastet sind. Insgesamt – kumuliert für die Jahre 2011 bis 2014 – haben die bayerischen Versicherten über 5,5 Mrd. Euro mehr geleistet. Dieser weitere Länderfinanzausgleich über die gesetzliche Krankenversicherung muss abgemildert und am besten ganz abgestellt werden.

Medienberichten vom vergangenen Wochenende zu folge stellt der Morbi-RSA in den Augen von Kassen-Chefs ein Anreizsystem dar, möglichst viele Diagnosen für die Patienten zu dokumentieren. Auf diesem Wege gingen dem Gesundheitssystem Milliardenbeiträge verloren, die letztlich für die Behandlung der Patienten fehlten. Aufgrund der zentralen Bedeutung der Kodierung für die Höhe der Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds spielt eine möglichst gute Kodierqualität durch eine einheitliche und korrekte Diagnose-Dokumentation die entscheidende Rolle. Die systembedingten Anreize zur Manipulation durch die bewusste Fälschung von Diagnose-Dokumentationen müssen hingegen umgehend auf Bundesebene durch geeignete gesetzliche Regelungen ausgeschlossen werden.

Ferner sollte der Morbi-RSA künftig auch stärker den Präventionsgedanken fördern und Anreize für die Gesunderhaltung der Versicherten bieten. Das Bundesgesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz, 2015) und der Bayerische Präventionsplan – ebenfalls aus dem Jahr 2015 – weisen hier den richtigen Weg und haben einen Perspektivwechsel in Richtung Gesunderhaltung eingeleitet. Dies muss auch im Versichertengelderumverteil- und damit Anreizsystem Morbi-RSA seinen Niederschlag finden.

Ein weiterer Reformgedanke für den Morbi-RSA betrifft die Zuweisungen an die Krankenkassen aus dem Gesundheitsfonds für Patienten mit Erwerbsminderungsstatus: Auf der Basis der Diagnosen und Verordnungen wurde es möglich, Krankheiten, die zu einer Erwerbsminderungsrente führen, mit höheren Zuweisungen zu verbinden. Als Relikt aus dem ursprünglichen Morbi-RSA-Modell gibt es aber zusätzlich noch direkte Zuweisungen für Patienten mit Erwerbsminderungsstatus. Dies führt zu einer Mehrfachberücksichtigung dieses Merkmals und somit zu einer Überkompensation für diese Personengruppe.

Dazu sollte bei einer Reform des Morbi-RSA gerade auch die Krankheitsauswahl in den Blick genommen werden. Das derzeitige System der Berücksichtigung von 80 ausgewählten Krankheiten setzt Anreize, Verträge zu schließen, die spezifisch auf für die Hierarchisierten Morbiditätsgruppen (HMG) relevante Diagnosen abzielen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/13353 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte! – CSU und FREIE WÄHLER. Enthaltungen? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/13312 mit 13317 sowie 17/13354 mit 13356 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6 a** auf:

**Erste Lesung**  
**zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen**

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es hinsichtlich dieser Zuweisungsvorschläge noch Änderungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgesehenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich gehe von keinen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen aus.

Dann komme ich zum **Tagesordnungspunkt 6 e**:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung**  
**zur Änderung des Bayerischen**  
**Naturschutzgesetzes (Drs. 17/13146)**  
**- Erste Lesung -**

Da gibt es eine Einigung der Fraktionen, dass auch dieser Tagesordnungspunkt ohne Aussprache erfolgen kann. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6 b** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus**  
**Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn u.**  
**a. und Fraktion (SPD)**  
**zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des**  
**Grundstückverkehrsgesetzes und des**  
**Landpachtverkehrsgesetzes (Drs. 17/13065)**  
**- Erste Lesung -**

Die SPD-Fraktion verbindet Begründung und Aussprache miteinander. Damit hat die SPD elf Minuten

Redezeit. Ich eröffne damit sogleich die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Arnold das Wort. Bitte sehr.

**Horst Arnold (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf berührt eine Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Grundstückverkehrsgesetzes und des Landpachtverkehrsgesetzes und beruht insbesondere darauf, dass das Grundstückverkehrsgesetz in diesem Zusammenhang vorsieht, den Flächenverbrauch und die Kleinteiligkeit von landwirtschaftlichen Flächen in Bayern bzw. in Deutschland zu erhalten. Dafür gibt es eine dringende Notwendigkeit, die darin besteht, auf der einen Seite den Fortbestand des land- und forstwirtschaftlichen Betriebswesens zu sichern, auf der anderen Seite Schutz zu bieten vor dem Ausverkauf entsprechender Flächen – man spricht in diesem Zusammenhang von mikroökonomischen Motivationen –, die Agrarstruktur insgesamt zu schützen und makroökonomisch – das wird immer wichtiger – die Ernährung regional zu sichern. Diese drei Punkte sind notwendig.

(Beifall bei der SPD)

Zu diesem Zweck besteht die Möglichkeit für die Länder, entsprechend Genehmigungsflächen festzulegen. Bislang müssen in Bayern Grundstücksverkäufe im landwirtschaftlichen Bereich erst ab zwei Hektar überhaupt genehmigt werden. Viele Dinge bleiben deswegen außen vor. Wir haben dies zum Anlass genommen, in unserem Gesetzentwurf zu fordern, dass zum einen die Genehmigungsfläche auf 0,5 Hektar herabgesetzt wird und zum anderen die Schutzfrist für die Beurteilung dieser Fläche auf drei Jahre festgelegt wird, um etwaige Umgehungstatbestände im zeitlichen Ablauf einzuschränken. Dieser Schutz ist mehr denn je notwendig.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die jüngsten Krisen in der Landwirtschaft haben nämlich zu einer Strapazierung der finanziellen Reserven der Erzeugerinnen und Erzeuger geführt. Wir haben uns lang und breit mit der Problematik der Milchkrise auseinandergesetzt, die noch nicht zu Ende ist. Die Kosten in diesem Bereich steigen und machen es immer wieder erforderlich, Grundstücksverkäufe zu generieren, um überhaupt einen Cashflow für den laufenden Betrieb zu sichern. Auf der anderen Seite wissen wir, dass die Vermögenspolitik und die Zinspolitik, die wir oft in diesem Haus besprochen haben, dazu führen, dass sich immer mehr Investoren, auch landwirtschaftsfremde Institutionen, in Investitionen in Grund und Boden flüchten bzw. versuchen, dort ihr Geld zu parken. Aufgrund dessen ist es nicht verwunderlich, dass die Preise in die Höhe schnellen und die



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Gesundheit und Pflege**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer,  
Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)  
Drs. 17/13314**

**Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs  
(Morbi-RSA)**

### **I. Beschlussempfehlung:**

**Zustimmung**

Berichterstatter: **Bernhard Seidenath**  
Mitberichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 52. Sitzung am 25. Oktober 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Kathrin Sonnenholzner**  
Vorsitzende



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Jürgen Baumgärtner, Markus Blume, Dr. Ute Eiling-Hüting, Dr. Thomas Goppel, Klaus Holetschek, Hermann Imhof, Sandro Kirchner, Helmut Radlmeier, Steffen Vogel und Fraktion (CSU)**

Drs. 17/13314, 17/15070

### **Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA)**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) grundlegend reformiert wird.

Dabei sind vor allem

- die systematische Benachteiligung von in Hochlohn- und Hochpreisregionen wie Bayern tätigen Krankenkassen und deren Versicherten zu beenden,
- die Manipulationsanfälligkeit des Morbi-RSA zu verringern und Anreize für ein illegales „Up-coding“ auszuschließen sowie
- weitere Fehlanreize des Morbi-RSA abzubauen und dabei insbesondere vermehrt Anreize für Gesunderhaltung und Prävention zu schaffen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Vorwürfe über Unregelmäßigkeiten bei der Kodierung von Diagnosen wird die Staatsregierung zudem gebeten, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege Bericht über mögliche „Kodier-Verträge“ der landesunmittelbaren Krankenkassen zu erstatten.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der  
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 6. Dezember 2016 (Vf. 15-VII-16) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
  1. der Art. 28 Abs. 4 sowie Art. 29 Abs. 3 und 5 des Gesetzes über Landtagswahl, Volksbegehren, Volksentscheid und Volksbefragung (Landeswahlgesetz – LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Juli 2002 (GVBl. S. 277, ber. S. 620, BayRS 111-1-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 178) geändert worden ist,
  2. der Art. 29 und 45 des Gesetzes über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und der Landräte (Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz – GLKrWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2006 (GVBl. S. 834, BayRS 2021-1/2-I), das zuletzt durch Art. 10a Abs. 4 des Gesetzes vom 23. Juni 2015 (GVBl. S. 178) geändert worden ist,
  3. des Art. 4 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die Wahl der Bezirkstage (Bezirkswahlgesetz – BezWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 2003 (GVBl. S. 144, BayRS 2021-3-I), das zuletzt durch § 2 Abs. 2 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Februar 2015 (GVBl. S. 18) geändert worden ist.

PII/G1310.16-0012  
Drs. 17/15135 (G)

**Die Verfassungsstreitigkeit wird in der nächsten Plenarsitzung gesondert beraten**

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Zweiter Senat – vom 11. November 2016 (2 BvR 166/16) betreffend Verfassungsbeschwerde
  1. unmittelbar gegen
    - a) den Beschluss des Oberlandesgerichts Nürnberg vom 28. Dezember 2015 – 2 Ws 782/15 –,
    - b) den Beschluss der auswärtigen Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Regensburg mit dem Sitz in Straubing vom 25. November 2015 – SR StVK 652/15 –
  2. mittelbar gegen Art. 46 Abs. 2 BayStVollzG  
PII-G1320-16-0001  
Drs. 17/15147 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

**CSU**

**SPD**

**FREIE WÄHLER**

**GRÜ**

#### **Anträge**

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht über die Kooperation von Mittelschule und Realschule  
Drs. 17/11834, 17/15076 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

**CSU**

**SPD**

**FREIE WÄHLER**

**GRÜ**

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Integration junger Flüchtlinge nicht gefährden –  
Keine Absenkung der Standards bei den Hilfen für Kinder und Jugendliche  
Drs. 17/12018, 17/15067 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Rechte der Menschen mit Behinderung schützen –  
Bundesteilhabegesetz in jetziger Form konsequent ablehnen  
Drs. 17/12628, 17/15068 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“  
zugrunde zu legen

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bayerisches Bier gentechnikfrei halten  
Drs. 17/13069, 17/15116 (ENTH)

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 S. 3 BayLTGeschO:**  
Votum des mitberatenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath u.a. und Fraktion (CSU)  
Reform des morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA)  
Drs. 17/13314, 17/15070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Bernhard Roos u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Alexander Muthmann, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anhörung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP)  
Drs. 17/13329, 17/15037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Überprüfung des Tierschutzes in Schlachthöfen  
Drs. 17/13413, 17/14871 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht zum Stand der Umrüstung des Forschungsreaktors FRM II  
Drs. 17/13660, 17/14872 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Gesundheitskosten für Asylbewerber aus Steuermitteln finanzieren  
Drs. 17/13663, 17/15071 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD  
Keine Wiedereinführung der Regelanfrage beim Landesamt für  
Verfassungsschutz bei der Berufung in das Richterverhältnis  
Drs. 17/13685, 17/14986 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Erwin Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU  
Kommunikationsstrukturen im Bereich Kritischer Infrastrukturen (KRITIS)  
Drs. 17/13714, 17/15038 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)  
Bankenkredite für den Mittelstand nicht durch übermäßige Regulierung verteuern  
Drs. 17/13814, 17/15040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)  
Sicherung guter Finanzierungsbedingungen für die mittelständischen Unternehmen  
Drs. 17/13825, 17/15041 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Keine Überregulierung im deutschen Bankensektor  
Drs. 17/13826, 17/15043 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Wildlebensraumberatung in Bayern erhalten und in die Ausbildung an den Landwirtschaftsschulen integrieren  
Drs. 17/13881, 17/15117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Insolvenzberatung zukunftsfähig machen!  
Drs. 17/14107, 17/15073 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Abwanderung von Spitzentechnologie verhindern  
Drs. 17/14108, 17/15045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)  
Reform der Lebensmittelüberwachung: Transparenz und echte Reformen statt Desinformation, Bürokratieaufbau und Selbstbedienung  
Drs. 17/14109, 17/14874 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Bäuerliche Strukturen in Bayern sichern –  
stärkere Förderung der ersten Hektare bei Agrarumweltmaßnahmen  
Drs. 17/14113, 17/15118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Direktvermarktung in Bayern fördern – Offenlegung möglicher Potenziale  
Drs. 17/14114, 17/15119 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Neustrukturierung der Lebensmittelüberwachung in Bayern: Wir fordern eine  
angemessene Personalausstattung sowie umgehende Information der Betriebe!  
Drs. 17/14134, 17/14875 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Rosie Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Neuorganisation der Lebensmittelkontrolle –  
Offenlegung der Aktivitäten der Staatsregierung  
Drs. 17/14135, 17/14876 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher,  
Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD  
Zweckentfremdung von Bundesmitteln beenden - Kita-Qualität verbessern!  
Drs. 17/14153, 17/15075 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Einführung eines bayerischen Monitoringprogramms für Kormoran, Graureiher und Silberreiher nach dem Vorbild in Sachsen  
Drs. 17/14154, 17/14877 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Bundesweites Gentechnikanbauverbot wasserdicht machen!  
Drs. 17/14210, 17/14878 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Der Einfluss von Social Bots auf das politische Geschehen in Bayern  
Drs. 17/14219, 17/14906 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Keine Laubbläser und Laubsauger auf staatlichen Liegenschaften  
Drs. 17/14220, 17/14879 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	ENTH	ENTH	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Rettungskräfte in Bayern für besondere Schadenslagen fit machen  
Drs. 17/14422, 17/14905 (E)  
Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zahl der Drogentoten senken: Rezeptfreie Naloxonabgabe in Apotheken  
Drs. 17/14224, 17/15072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD  
Sonderprogramm ausweiten: Aufnahme einzelner Kommunen außerhalb der ausgeschriebenen Fördergebiete  
Drs. 17/14312, 17/15074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathi Petersen, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD)  
Drohende Schließung des Schaeffler-Werks im Markt Eltershausen  
Drs. 17/14412, 17/15046 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Erwin Huber, Joachim Unterländer, Sandro Kirchner u.a. CSU  
Geplante Verlagerung des Schaeffler-Werks im Markt  
Elfershausen aktiv begleiten  
Drs. 17/14463, 17/15047 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Schaeffler-Standort Elfershausen erhalten  
Drs. 17/14483, 17/15048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Kerstin Schreyer, Ernst Weidenbusch CSU  
Linksextreme Agitation im Landkreis München  
Drs. 17/14469, 17/14985 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Gleichberechtigung bei Hochwasserhilfe  
Drs. 17/12138, 17/15053

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

**der den Antrag für erledigt erklärt hat**